

**Rede am 18.08.2018 beim Fest der Solidarität im Arbeit
Tennwil/Schweiz anlässlich des 100jährigen Jubiläums
Landesstreiks in der Schweiz 1918 zum Thema "Europ
Weg in Abschottung und Nationalismus. Kann Europa
45 min., anschließend Fragen aus dem Publikum**

- Wenn man sich die aktuelle Lage in Deutschland, Europa und der Welt anschaut, könnte man zu dem Schluss kommen, dass bisherige Gewissheiten nicht mehr gelten, weil alles sehr fragil und wenig vorhersehbar zu sein scheint.
- Ich bin als nichtreligiöser Mensch in den letzten Monaten recht häufig eingeladen worden, in Kirchen und Kirchengemeinden zu sprechen. Dies hat wohl auch genau damit zu tun, dass wir alle miteinander ein wenig verunsichert sind, wohin sich die Welt im Großen und im Kleinen entwickelt, und deshalb miteinander ins Gespräch kommen wollen, um uns zu vergewissern, ob wir noch auf den richtigen Wegen unterwegs sind und diese uns nicht ins Verderben führen
- Das diese Fragen so offen und die Verunsicherung so verbreitet ist, hat auch mit der großen Koalition in Deutschland zu tun, der es nicht um die Sorgen und Nöte der Menschen geht, sondern darum, wer am lautesten nach Abschottung in der Flüchtlingsfrage ruft
- Darin wird das eigentliche Problem der großen Koalition in Deutschland erkennbar, dass es keinen politischen Wettstreit zwischen verschiedenen Gesellschaftskonzepten mehr gibt, sondern alles im Einheitsbrei des Weiter so versinkt
- im Kern geht es um unterschiedliche Entwicklungsrichtungen der Gesellschaft: Schwarze Null, Mehr Geld für Bundeswehr und Rüstung, Steuersenkungen für Besserverdienende (durch Soli-Abbau), weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, weniger Mieterschutz, Festhalten an Schäubles Europapolitik gegen Investitionen in Bildung, Wohnen,

Infrastruktur; gegen Steuergerechtigkeit; gegen Bekämpfung Altersarmut und Kinderarmut; gegen Schaffung bezahlbaren Wohnraums; gegen eine vernünftige Finanzausstattung (auf der einen Seite oder eben das Gegenteil auf der anderen Seite)

- Dies gliedert sich in eine Gesamtentwicklung ein, die einen Ausgangspunkt durchaus in den gescheiterten Revolutionen und Erhebungen wie dem Landesstreik in der Schweiz im November 1918 hat
- Die Entwicklung des Kapitalismus hat danach vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der damit verbundenen sozialen Verheerungen die Welt in das finsterste Kapitel des Faschismus und seiner Menschheitsverbrechen gestürzt.
- Anschließend gab es eine längere Phase, in der – auch als Gegengewicht zum Staatssozialismus – ein sozialer Ausgleich dominierte
- Bis mit der neoliberalen Entwicklungsphase des Kapitalismus die soziale Spaltung wieder vertieft, die ganze Welt unter die Maxime der Profitmaximierung der internationalen Großkonzerne und –banken gestellt, in Krisen und Konflikte zunehmend militärisch agiert wurde und die Folgen von Wirtschafts- und Finanzkrisen mehr oder weniger direkt den so genannten kleinen Leuten aufgebürdet wurden
- Neoliberaler Kapitalismus war Antwort auf Wachstumskrise des wohlfahrtsstaatlich verfassten Kapitalismus (Fordismus; wird oft mit Keynesianismus verwechselt)

Neoliberale Politik versprach: Befreiung des Kapitals aus „Fesseln“ der Regulation und das sollte zu neuem Wachstum und neuem Massenwohlstand führen

- Steuerliche Entlastung von Reichen und Superreichen → kleinen und mittelständischen Unternehmen
- Steuerliche Entlastung von Konzernen und Banken → St
- Senkung der Arbeitskosten (Reallohnsenkung und Senkung Lohnnebenkosten)
- „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarkts (senkt auch Arbeitskosten) → Schulen

Folgen:

- Damals Staatliche Einnahmeverluste
- Rückgang der öffentlichen Investitionen
- Umbau des Sozialstaates

Höhepunkt des Finanzmarkt-Optimismus: Telekom-Aktie und Neuer Markt

Aber: Versprechen haben sich nicht erfüllt, stattdessen Krisenkapitalismus und Unsicherheit

- Nur 5 Prozent der Gewinne der deutschen Industrie-Unternehmen floss zurück in Inlandsinvestitionen, der Rest wurde im Ausland oder in Finanzanlagen, also in die Spekulation investiert
- Der Staat schöpfte durch seine politisch verordnete Selbstgenügsamkeit nicht gerecht und genug Steuern ab, daher damals höhere Staatsverschuldung (das hatte mit der Finanzkrise noch nichts zu tun)
- Aufgrund der öffentlichen Verschuldung kaum öffentliche Investition (Straßen, Schulen, Universitäten, Kultur, Kunst, Internet usw.) → lt. KfW und Städte- und Gemeindetag – 126 Mrd. € Schwarze Null

Umbau der Gesellschaft und Schübe der Entsolidarisierung

Umbau des Sozialstaats unter Schröder war ein fundamentaler Einschnitt

„Altes“ Sozialstaatsverständnis: Aufstieg für alle oder die meisten sichergestellt werden, falls doch etwas schief läuft, gibt es System der sozialen Sicherung, die den Lebensstandard annähernd erhalten

- Institutionell gehören dazu nicht nur die Sicherungssysteme
- Dazu gehören auch starke Gewerkschaften, handlungsfähige Betriebsräte und ein an der Produktivität ausgerichtetes Lohn- und Rentenwachstum

„Neues“ Sozialstaatsverständnis: Aufstieg gibt es nur für die „Flexiblen“

- Soziale Sicherung nur auf Basisniveau bei hohem Druck
- Das führt zu einer Entkopplung von Lohn- und Produktivitätswachstum
- Erhöhte Konkurrenz unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
→ Leiharbeit, ist auch Druckmittel → da fällt Solidarität nicht mehr so leicht
- Dass die Agenda 2010 in Deutschland durchgesetzt werden konnte, zeigt das Maß an Entsolidarisierung auch innerhalb der Arbeitnehmerschaft an

Agenda 2010 war ein Schub der Entsolidarisierung

Austerität

„Solidarität“ des Staates mit den Reichen – auf Kosten der öffentlichen Ausgaben, auf Kosten der Zukunft der Gesellschaft

- ⇒ Hier ist ein weiterer Entsolidarisierungsschub: Staat „entfremdet“ sich von der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, um die Reichen zu schonen

Flüchtlingskrise

- Entsolidarisierung mit globaler Dimension
- Fluchtbewegungen sind (auch) Resultat imperialer Politik des Westens und der Globalisierung der Wirtschaft nach den Gesetzen

des Marktes, wodurch die viel stärkere Wirtschaft der einheimische Produzenten niederkonkurriert

→ **Konzerne – Weltpolitik – Vernetzung – Afrika – Ha
Lebensstandardvergleich**

Reaktionen auf Prozesse der Entsolidarisierung

- Anders als vor 100 Jahren beim Landesstreik richtet sich momentan der gesellschaftliche Fokus des Kampfes gegen die Entsolidarisierung nicht gegen deren eigentliche Verursacher, sondern gegen die vermeintlichen Konkurrenten um den durch die Herrschaftsverhältnisse kleiner werdenden Anteil am gesellschaftlichen Reichtum
- Es bildet sich eine Solidarität der Abgehängten, der Abstiegsgefährdeten, der „Verlierer“ der neoliberalen Transformation
- Sie grenzen sich nicht nur ab (gegen „Die da oben!“)
- Sie grenzen auch aus („Wir sind das Volk!“ heißt auch: Ihr gehört nicht dazu)
- „Volk“ ist aber kein sozial bestimmtes „Unten“, das sich gegen „Oben“ richtet, es ist weder klassenmäßig noch im Sinne der Gegenüberstellung von Regierten und Regierung zu verstehen
- Es bleibt diffus, offen für Verschwörungsmüll, Ressentiments
- Reformation – Gegenreformation – Trump – Europa
- Eine Art Gegenreformation zur neoliberalen Globalisierung läuft längst und ist inzwischen in praktisch allen Industriestaaten zu beobachten. Sie versucht, vermeintliche Lösungsmöglichkeiten wieder in den nationalen Rahmen zu pressen und landet dabei fast logisch bei einem extremen nationalen Egoismus, den der US-Präsident Trump mit seinem „America first“ zur Agenda seiner Regierungspolitik erhoben hat. In Europa haben wir in Polen, Ungarn, Dänemark, den Niederlanden und zuletzt in Österreich erlebt, dass dieser nationale Egoismus schon die Regierungspolitik

- bestimmt. → Le Pen, AfD!, die Anti-Minarett-Kampagne der Schweiz war 2008 quasi ein Vorläufer davon, gut, Versuche in Richtung Abschottung danach scheiterten
- Doch diese Versuche, sich von den Konsequenzen der Globalisierung quasi abzukoppeln, ohne deren Grundlagen in Frage zu stellen, können die Entwicklung nicht verändern – und wollen das letztlich auch gar nicht.
- Sie haben lediglich das Ziel, die erhofften und realen Früchte der weltumspannenden Kapitalverwertung im eigenen Land zu behalten bzw. dorthin zu bekommen, die extremsten Auswüchse von Billigkonkurrenz und umfassender Ressourcenverfügbarkeit für die eigene Bevölkerung auf ein für erträglich gehaltenes Maß zu begrenzen und die resultierenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Verheerungen im Rest der Welt von den eigenen Grenzen fernzuhalten.
- Warum ist die Reaktion auf die Entsolidarisierung rechts und nicht links?
 - Weil die Linke
 - a) Für das Scheitern des Staatsozialismus verantwortlich war
 - b) Die neoliberale Modernisierung mitgemacht hat (in Gestalt von SPD und Grünen)
 - c) Die Linke sich wechselseitig blockiert anstatt gemeinsam strategiefähig zu werden

Die somit in Teilen desavouierte und zugleich schwache Linke hat dem Wachstum der Rechten kaum etwas entgegen zu setzen

- **Doch es ist unsere Aufgabe, der zunehmenden Entsolidarisierung etwas entgegenzusetzen** → wir müssen dafür kämpfen, dass sich der Zeitgeist verändert und Solidarität zu einem zentralen Wert in unserer Gesellschaft wird. Neudeutsch kann man dazu auch sagen: Wir brauchen eine Solidarität 4.0!

- **Dabei können und müssen wir uns auch auf die Geschichtliche Arbeiterbewegung stützen → der Landesstreik in der 100 Jahren ist dafür ein bedeutsames Beispiel, weil er in seinem gesellschaftspolitischen Ansatz scheiterte, aber die Bedingungen für die organisierte Arbeiterschaft wesentlich zum Besseren wendete**
- Wenn man ein gerechteres Land will, das einen humaneren Umgang mit allen pflegt, die hier auch leben, dann muss man den Willen, die Kraft und auch den Mut haben, sich mit den Mächtigen anzulegen. Denn in der Regel haben sie den Mainstream auf ihrer Seite. Diesen Mumm sehe ich in der Tat nur bei der Linken.
- Aber wir müssen ihn auch ausstrahlen, wenn wir die Menschen dafür begeistern wollen, denn allein werden wir das nicht schaffen

Das gilt auch und vor allem in Europa

Bringt uns in dieser Situation eine Debatte weiter, die Europa, die Europäische Union und den Euro grundsätzlich und nicht nur in ihrer derzeitigen jeweiligen Verfasstheit infrage stellt? Eine Debatte, die meint, dem Rechtsruck und der sozialen Spaltung vorzugsweise im nationalen Rahmen Paroli bieten zu können?

Wie können wir zum Gegengewicht gegen den Rechtsruck überall in Europa werden?

- Als Grundvoraussetzung für den Kampf um ein soziales Europa sehe ich die Einheit der Linken international und national
- Einheit der Linken ist zwar schon viel beschworen und oft gefordert worden, aber diesmal kommt es wirklich drauf an: Die EU und viele Nationalstaaten in Europa sind in einer existentiellen Krise, und die Demokratie (z.B. Einschränkung von Pressefreiheit, Gewaltenteilung),

wie wir sie kennen, und das Zivilisationsprojekt Europa s
Spiel.

- Die soziale Krise in der EU führt auch zur zunehmenden Bevölkerung. Die soziale Ungleichheit der Menschen werden politisch ausgenutzt – europaweit. Dies hat zum Aufstieg der Rechtspopulisten beigetragen.
- es könnte sein, dass wir auf diese Epoche zurückschauen, und uns fragen, warum wir uns nicht zum gemeinsamen Kampf durchringen konnten in einer Zeit, in der offen faschistische und rechtsextreme Parteien in weiten Teilen der EU dramatisch zulegen und sich existenzielle Fragen der Demokratie in Europa stellen.
- Natürlich sind wir uns alle einig, dass wir die Austeritätspolitik der Troika nicht wollen, sondern eine europäische Politik der öffentlichen Investitionen und des sozial-ökologischen Umbaus. Mein Appell ist, dass sich die Linken in Deutschland und Europa darauf konzentrieren, für solch ein Umsteuern Mehrheiten zu gewinnen – und uns nicht spalten lassen in der Frage, wie wir mit einer Minderheitenposition umgehen, bzw. was die beste Strategie ist angesichts dieser Minderheitenposition.
- Dabei stellt sich die folgende Frage grundlegend: Kann man bei einem gemeinsamen Markt den einzelnen Staat zur Abschottung gegen neoliberale Zumutungen nutzen? Vielleicht in einem gewissen Maß, die Spielräume sind jedoch begrenzt. Aber ein gemeinsamer Markt braucht gemeinsame Institutionen, die nicht nur Währungsstabilität und Überwachung der Kapitalfreiheiten wie heute im Sinn haben, sondern auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen. Die gemeinsamen Institutionen müssen auf sozialstaatliche und tarifpolitische Rechte und Umweltstandards europaweit zielen. Das wäre eine Verdichtung Europas von links, für die es sich zu kämpfen lohnt.

- Das wäre dann auch eine Alternative zu den Macron-Vorwürfen, die gleichwohl auch nutzen sollten, um die neue alte Union unter Druck zu setzen, die nach wie vor eine Europapolitik nach dem Muster Schäubles fährt
- Viele junge Leute können sich ein Leben ohne die europäische Einigung ohnehin kaum vorstellen. Sie genießen die Vorteile der europäischen Integration in stärkerem Maße als die ältere Generation.
- Jedoch darf dabei Europa kein Elitenprojekt sein. Aber gerade abgehängte junge Menschen, die beispielsweise arbeitslos sind, brauchen den sozialen Schutzschirm eines solidarischen Europas. Die Nationalstaaten können dies nur sehr begrenzt leisten, gerade in schwächeren Volkswirtschaften und kleinen Ländern: Wie soll denn Griechenland oder Luxemburg ernsthaft mit dem USA oder Kanada über ein faires Handelsabkommen verhandeln, was soziale Standards berücksichtigt? Es ist also gerade auch im Interesse des unteren Drittels der Gesellschaft, dass es auf europäischer Ebene soziale Garantien und Mindeststandards gibt, denn sonst wird der brutale Wettbewerb kapitalistischer Nationalökonomien auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. Das müssen wir unbedingt verhindern!
- Die Voraussetzungen der Linken in Europa sind sehr unterschiedlich, aber insgesamt gesehen nicht gut. Man kann sagen, die Linke ist in der Defensive. Wenigstens brauchen wir einen „Konsens für ein soziales und solidarisches Europa“
- es gibt in der Bevölkerung ein Potential von mindestens 20-30%, welches einen Bruch mit dem Neoliberalismus will. Wird dieses gewonnen, werden auch Mehrheiten für ein ökologisches Umsteuern möglich, wenn der Klimaschutz mit einer erheblichen Besserstellung ärmerer Bevölkerungsgruppen verbunden wird
- Globalisierte Weltwirtschaft verlangt nach internationaler Politik

- Deshalb Neustart der EU: bisher unsolidarisch, undemokratisch, unsozial, intransparent, ökologisch nicht nachhaltig, bürokratisch, militärisch.

Sechs Gründe für Europa:

1. Ökonomisch nur gemeinsam stark
2. Politisch nur gemeinsam einflussreich, Luxemburg
3. Europäische Wirtschaft
4. Sonderweg Deutschland
5. Keine Kriege unter EU-Mitgliedern
6. Jugend